

Massnahmenplan «Stimmbeteiligung»

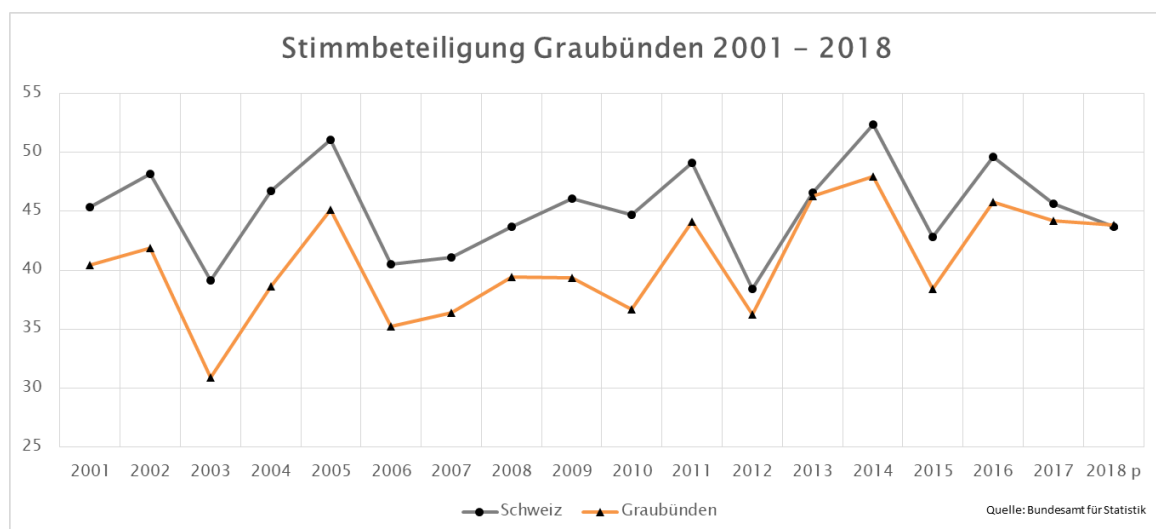
von Nicola Stocker, Präsident Junge SVP Graubünden

1 Einleitung

Die Schweizer Demokratie lebt davon, dass sich die Schweizer Bürgerinnen und Bürger anlässlich der viermal jährlich stattfindenden Abstimmungen zu wichtigen politischen Themen äussern. Während in anderen Ländern um mehr Mitbestimmungsrechte gekämpft wird, ist die Stimmbeteiligung in der Schweiz auf einem sehr tiefen Niveau (vgl. Abbildung). Durchschnittlich geht in der Schweiz weniger als die Hälfte aller Stimmberechtigten an die Urnen. In Graubünden machten noch weniger Personen von ihrem Stimm- und Wahlrecht Gebrauch.

In einer Demokratie entscheidet auch bei tiefer Stimmbeteiligung immer die Mehrheit. Faktisch kann bei einer Stimmbeteiligung von unter 50 % ein Viertel der Stimmberechtigten entscheiden, was in Zukunft gelten soll. Die Aussagekraft der Resultate ist genauso in Frage zu stellen wie die Repräsentativität eines solchen Volksentscheides. Obschon es sich um ein Stimmrecht und keine Stimpflicht handelt, ist es aus politischer Sicht absolut wünschenswert, dass die Stimmbeteiligung möglichst hoch ist. Deshalb ist die Politik langsam aber sicher gefordert, geeignete Massnahmen zur Steigerung der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen umzusetzen.

Die Junge SVP Graubünden hat sich bereits mit dieser Thematik vertieft auseinandergesetzt und möchte ihren Beitrag leisten, weshalb sie der Politik vier konkrete Massnahmen vorschlägt.



2 Massnahme I – Einführung der Stimmpflicht

Im Kanton Schaffhausen gibt es die Stimmpflicht schon seit vielen Jahren und dies wirkt sich entsprechend überdurchschnittlich auf die Stimmbeteiligung aus. Diese liegt im Durchschnitt immer über 60 %, was sehr erfreulich ist. Wer seine Stimme nicht abgibt, wird mit einer kleinen Busse von CHF 5 pro veräumter Abstimmung bestraft. Es besteht ganz nach dem Vorbild von Schaffhausen die Möglichkeit, sich für die Stimmenthaltung zu entschuldigen, wodurch die Busse wegfällt. Natürlich ist die Einführung einer Stimmpflicht bis zur Vollendung des 65. Altersjahres eine Abkehr von der heutigen Praxis und widerspricht offen gestanden dem Grundsatz der Freiheit. Für die Junge SVP Graubünden hat die Demokratie, welche die Freiheit der Schweiz und deren Bürgerinnen und Bürger garantieren soll, eine sehr hohe Priorität, weshalb die Stimmpflicht sogar als Stärkung der Freiheit ausgelegt werden könnte. Das Konzept der Stimmpflicht ist im Kanton Schaffhausen erprobt und deshalb kann Graubünden bei einer Implementierung von diesen Erfahrungswerten sicherlich profitieren.

3 Massnahme II – Vorfrankierte Abstimmungscouverts

In der Schweiz gibt es unterschiedliche Regelungen betreffend Übernahme der Portokosten bei brieflicher Stimmabgabe. Der Kanton Graubünden kennt im Übrigen keine Regelung, d. h. die Stimmbevölkerung muss grundsätzlich selbst für die Versandkosten aufkommen. Eine Studie der Universität Freiburg¹ hat gezeigt, dass vorfrankierte Abstimmungscouverts zu einer Steigerung der Stimmbeteiligung von knapp 2 % führen können. Es wurde bereits mehrfach festgestellt, dass je höher die Hürden für das Abstimmen sind (z. B. Kosten, Informationsbeschaffung etc.), desto tiefer ist die Stimmbeteiligung. Genau da muss die Politik ansetzen und zumindest mit der Übernahme der Portokosten bei brieflicher Abstimmung zu einer positiven Entwicklung der Stimmabgabe beitragen. Die anfallenden Kosten für den Kanton Graubünden belaufen sich gemäss einer rein theoretischen Berechnung auf höchstens CHF 600 000 pro Jahr, was angesichts der hohen Ertragsüberschüsse durchaus verkraftbar sein dürfte.

4 Massnahme III – Förderung der politischen Bildung

Die politische Bildung ist ein zentrales Anliegen der Jungen SVP Graubünden, denn politisch gut gebildete Jugendliche sind die Grundlage einer direkten Demokratie. Bereits während der obligatorischen Schulzeit sind die Schülerinnen und Schüler auf ihre Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aufmerksam zu machen. Es ist enorm wichtig, dass sie den Aufbau und die Funktionsweise einer direkten Demokratie kennen und erfahren, weshalb die aktive Beteiligung am politischen Geschehen von grosser Bedeutung ist. Wir fordern deshalb, dass der politische Unterricht im Kanton Graubünden auch im Rahmen des eingeführten *Lehrplan 21* weiter ausgebaut wird. Eine Studie der HTW Chur (PROMO 35) hat sogar gezeigt, dass ein Grossteil der befragten jungen Erwachsenen an den Schulen eher wenig über Politik gelernt hat. Insbesondere deshalb scheint es dringend notwendig, dass die Politik den Handlungsbedarf erkennt und entsprechende Massnahmen umsetzt. Die Förderung der politischen Bildung im Kanton ist übrigens auch eine Forderung der diesjährigen kantonalen Jugendsession!

¹ Schelker M, Schneider M, 2017. The elasticity of voter turnout: Investing 85 cents per voter to increase voter turnout by 4 percent. *Electoral Studies*, 2017 (49), 65–74.

5 Massnahme IV – Vereinfachung der Wahlunterlagen

Abstimmen und Wählen muss einfach sein, damit sich möglichst viele an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Dazu gehört, dass beispielsweise die Wahlunterlagen und insbesondere das Abstimmungsbüchlein vom Bund und allenfalls vom Kanton einfach verständlich sind. Darauf Einfluss zu nehmen ist zugegebenermassen eher schwierig, zumal verschiedene Informationen für gewisse Anspruchsgruppen besonders wichtig sind, auch wenn diese nicht von allen verstanden werden. Es braucht also andere Massnahmen, um das Abstimmen und Wählen zu vereinfachen. In der vergangenen Februar-Session des Grossen Rates wurde bereits ein Vorstoss überwiesen, der eine Vereinfachung des Wahlsystems in Graubünden fordert. Es wird gefordert, dass künftig die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahlzetteln aufgeführt werden und die gewünschten Personen nur noch angekreuzt werden müssen. Für uns geht diese Forderung absolut in die richtige Richtung. Allerdings gäbe es unserer Ansicht nach noch Potenzial, die Abstimmungszettel bei nationalen und kantonalen Abstimmungen dahingehend anzupassen, dass ebenfalls nur noch angekreuzt werden muss.

6 Fazit

Damit das demokratische System der Schweiz in Zukunft nicht an Glaubwürdigkeit verliert und die Volksentscheide durch höhere Stimmbeteiligung an Aussagekraft gewinnen, sind entsprechende Massnahmen umzusetzen, damit eben diese Beteiligung gesteigert werden kann. Die Junge SVP Graubünden schlägt deshalb vier konkrete Massnahmen vor, in der Hoffnung, dass diese von der Politik aufgenommen werden. Dieses Anliegen werden wir aktiv und auf allen Ebenen in die politischen Prozesse einbringen.